



Information für die Presse

Landesorganisation Bremen

Roland Pahl, Landesgeschäftsführer

Tel. 0421/3 50 18-13, Fax 0421/3 50 18-37, Mobil 0177-3 50 18 13

Bremen, 17. August 2021

Vorsitzender der SPD LAND BREMEN Wetjen fordert Bildungsstipendium für afghanische Frauen

Vielen Frauen und Mädchen konnte in den vergangenen 20 Jahren in Afghanistan ein Bildungsangebot gemacht werden. Doch durch die Machtergreifung der Taliban werden die wenigen positiven Ansätze zunichtegemacht.

Deshalb fordert Reinhold Wetjen, Vorsitzender der SPD LAND BREMEN, ein europaweites Bildungsstipendium für afghanische Frauen, die ihr Land verlassen wollen. Ein solches Stipendium soll mindestens 10.000 Afghaninnen ein Studium oder eine Ausbildung in der EU ermöglichen. Davon müsste Deutschland mindestens 2.000 Frauen aufnehmen. Das Stipendium könnte mit einem Sprachkurs und einer Orientierungsphase beginnen, Praktika beinhalten und durch Patenschaften gestützt werden. Die Ausbildung oder ein Studium würden sich anschließen. Nach ihrer abgeschlossenen Ausbildung können sich die Frauen entscheiden, ob sie in ihr Land zurückkehren wollen oder in Deutschland bleiben möchten. Rechtlich wäre das sicher möglich, so wie es zum Beispiel bereits Sondervisa für geflüchtete Jesid:innen gab.

Der Vorsitzende der SPD LAND BREMEN, Reinhold Wetjen, sagt dazu:

„Die Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan betrifft die Mädchen und Frauen in diesem Land besonders stark. Frauen und Mädchen wurden in den letzten 20 Jahren zu Bildung und Ausbildung ermutigt. Sie haben sich engagiert. Sie waren besonders mutig. Doch nun drohen ihnen Strafe und Verfolgung. Sie brauchen unsere Hilfe. Die EU hat eine besondere moralische Verpflichtung diesen jungen Frauen gegenüber. Deshalb müssen wir einen Beitrag zur Förderung von Afghaninnen leisten.“

Die Europäische Union käme mit einem solchen Stipendium ihrer Verantwortung nach. Bremen könnte sofort mit seinem Anteil von mindestens 20 Plätzen starten – die entsprechenden Kapazitäten sind vorhanden. Ein runder Tisch mit Verbänden, Kammern, Hochschulen und Behörden könnte die Umsetzung koordinieren. Jetzt muss die Bundesregierung handeln und sich in Europa für ein solches Programm einsetzen, auch wenn es dafür schon fast zu spät ist.“

+++